

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen (Sport, Wetten, Ruberstreifen) sowie „Wolk u. Welt“ (Literarisch eingeleiteter Romanroman) in stets dem Publikum dienlicher. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Behörden. - Schriftleitung: Herz 4244, Postfach 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24 067. Vertriebs-Verkaufsstellen mitteleurop. von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,80 Mark. Vollbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt ab. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk. bei direkter Gläubigung an den Verlag 2,00 Mk. Einzelheftpreis 12 Pfg. im Abonnement und 60 Pfg. im Heftverkauf. d. Millimeter. - Druckverlag: Halle: Herz 4244, Fernruf 24 065. - Druckverlag: Halle: Herz 4244, Fernruf 24 065. - Druckverlag: Halle: Herz 4244, Fernruf 24 065. - Druckverlag: Halle: Herz 4244, Fernruf 24 065.

Gott der Mord Wirklichkeit werden?

Die amerikanische Justiz bleibt zum Mord entschlossen. / Selbst Strafaufschub vertweigert. / Gewaltige Kundgebungen in aller Welt. / Mac Donald an den Gouverneur Fuller.

Kein Strafaufschub für Sacco und Vanzetti.

Beverly (Massachusetts), 21. August. (HAB.)
Oberbundesrichter Holmes lehnte den von der Verteidigung Saccos und Vanzettis beantragten Strafaufschub ab. Die Anwälte hatten Holmes um die Verschiebung der Hinrichtung ersucht, um die längere Zeit beanspruchende Abweisung der Schriftsätze für die beiden Rechtsanwältinnen beim Oberbundesgericht in Washington zu ermöglichen.

Die Massenaufmärsche.

Paris, 22. August. (HAB.)
In zahlreichen Städten Frankreichs fanden am Sonntag und Montag große Protestkundgebungen gegen die bevorstehende Hinrichtung von Sacco und Vanzetti statt. In Paris hatten sich etwa 50 000 Teilnehmer eingefunden. Die Versammlung verlief jedoch ohne besondere Vorkommnisse. Dagegen kam es in anderen Städten teilweise zu heftigen Zwischenfällen zwischen den Demonstranten und der Polizei. In Le Havre kam es bei einer Versammlung unter freiem Himmel inmitten der Stadt, die die Stadtverwaltung verboten hatte, zu regelrechten Straßenschlachten, wobei 25 Personen, darunter fünf Polizisten, schwer verletzt wurden. In Marseille wurde bei einer Demonstration ein Arbeiter durch einen Schuß getötet.

London, 22. August. (HAB.)

Während des Vortages fand in Großbritannien eine große Anzahl von Demonstrationen gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti statt, welche in einer Demonstration am Sonntag im Hyde Park in London gipfelten. Der Vorsitzende der britischen Gewerkschaften J. D. S. und der Vorsitzende der britischen Arbeiterpartei Roberts haben im Namen der gesamten britischen Arbeiterbewegung das folgende Schreiben an Gouverneur Fuller, der noch jetzt die Möglichkeit hat, die Hinrichtung zu verhindern, gerichtet: „Die britischen Gewerkschaften und die britische Arbeiterpartei bitten Sie dringend, angesichts der verhängnisvollen Leiden unter dem Todesurteil gegenüber Sacco und Vanzetti Mitleid und Mitleid in den Herzen von Millionen arbeitender Menschen hervorzurufen. Das Verbrechen, welches Sacco und Vanzetti im Namen der Welt begangen haben, ist ein Verbrechen, welches die Menschheit erschauern läßt, und welches die Menschheit nicht begnadigen kann.“

Neue Attacke gegen Wirth?

Maßgebende Zentrumsreise verlangen „Reinigung der Atmosphäre“.

Dortmund, 22. August. (HAB.)

Wie in Zentrumskreisen verlautet, werden während des Dortmunder Katholikentags zwischen maßgebenden Persönlichkeiten der Zentrumspartei in Dortmund hochwichtige Besprechungen über die durch das Auftreten Wirths geschaffenen Verhältnisse innerhalb der Partei stattfinden, bei denen eine Klärung der Lage erstrebt werden soll. Die durch die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten im Zentrumslager entstandene Situation sei derzeit unbehaltbar geworden, daß untertätig eine Reinigung der Atmosphäre erfolgen müsse.

Dank an das Reichsbanner.

Der Berliner Oberbürgermeister Voß hat an den Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Schwarze-Hot-Gold folgendes Schreiben gerichtet: „Der im Hinblick auf die Verfassungsfeier im Laufe der Hundstunde stattgefundenen Fackelzug hat ein berechtigtes Verlangen für die Verfassungstreue der Bevölkerung der Reichshauptstadt abgelegt. Als wir unsere Unterstützung zur Beteiligung am Fackelzug erheben ließen, waren wir überzeugt, daß das Reichsbanner Schwarze-Hot-Gold, das sich das Eintreten für den republikanischen Gedanken als seine besonderen Aufgabe gesetzt hat, mitwirken würde. Wir waren aber überrascht, mit welcher Begeisterung und Opferbereitschaft Ihr Vorhaben und die großen Massen, die Ihrem Bund angehören, sich in den Dienst des großen Gedankens dieses Tages gestellt haben.“

Der parlamentarische Führer der Arbeiterpartei Mac Donald hat folgendes Telegramm geschickt: „Die ganze Angelegenheit ist unsagbar entsetzlich. Ich hoffe noch im letzten Augenblick, daß dem guten Namen Americas diese Hinrichtung erspart bleiben wird.“

Aufforderung zum Weltproteststreik zugunsten Saccos und Vanzettis.

Amsterdam, 21. August. (HAB.)
Auf dem Amsterdamer Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist ein Telegramm des amerikanischen Sacco- und Vanzetti-Komitees eingegangen, in dem der Internationale Gewerkschaftsbund aufgefordert wird, zugunsten einer Weltproteststreik zugunsten Saccos und Vanzettis einen Proteststreik zu organisieren, der die ganze Welt umfassen soll.

London, 22. August. (HAB.)
Eine Menschenmenge von mehreren Tausend versammelte sich in London eine Kundgebung für Sacco und Vanzetti. Die Polizei ging gegen die Menge vor und verhaftete mehrere Männer und Frauen.

Washington entschuldigt sich.

Wash., 22. August. (HAB.)
Das Justizamt in Washington erklärt auf seiner Rechtfertigung eine Erklärung, in der es zur Aufklärung des Auslandes darauf hinweist, daß die Nachprüfung außer dem Vor- und Währungsstellen den einzelnen Staaten zusteht, ob die Hinrichtung der Bundesregierung noch das Justizamt über der Präsident der Vereinigten Staaten das Recht haben, im Falle Sacco und Vanzetti einzuzugreifen, oder sie gar zu begnadigen. Dennoch wird bekannt, daß die Verteidiger mit dem Justizminister eine dreitägige Unterredung hatten und sich telegraphisch an den Präsidenten Coolidge wandten.

Luigia Vanzetti bei ihrem Bruder.

Wien, 21. August. (HAB.)
Der Schwester Vanzettis, Luigia Vanzetti, wurde heute von der Gefängnisverwaltung ein einstündiger Besuch bei dem Bruder gestattet. Einigen dem Besuch erhielt Vanzetti die Erlaubnis, aus seiner Zelle herauszukommen, um mit seiner Schwester in einem Priv. Aufnahmestrafen Bruder und Schwester umarmen zu können und küßten sich. Sie unterhielten sich sehr lebhaft. Luigia Vanzetti lebte es noch ihrem Besuch ab, irgend welche Kommentare abzugeben.

Die Organisation und das Gelingen der Veranstaltung sind im überragenden Maße dem Mitwirken des Reichsbanners Schwarze-Hot-Gold zu verdanken. Wir bitten daher, allen Beteiligten, insbesondere Ihren Vereinsmitgliedern, den Herren Polizeikommissar Dr. Vange, Küster und Reichswehr, gleichzeitig im Namen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung, unseren verbindlichsten Dank für die aufopfernde Mitarbeit auszusprechen.“

Exemplarische Strafe wegen Duell-Anfugs.

Dieser Tage wurde von einem Kreisrichter Gericht ein 23-jähriger Student zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen des Gegenwärtigen wegen unentschiedenen Ausbleibens ein Duellspiel erlassen. Bemerkenswert an dem Prozeß war die Schärfe, mit der sich sowohl der Staatsanwalt als seiner Anklagebehörde wie das Gericht in seiner Begründung des Urteils gegen den Zweikampftanten Der Staatsanwalt bemerkte, der Zweikampftant entpand nicht mehr den heutigen Anschauungen und widerspreche dem Volksempfinden. Auch sei es ein wenig überausgerühmte Verurteilung, wenn zwei junge Leute sich für dritte schlagen müßten. Urteile des Duells waren nämlich Auseinandersetzungen älterer Herren. Dem Duell wollten 5000 Personen als Zuschauer bei. Das Urteil „vermerkt junge Leute sollten nicht in berat. leichtfertiger Weise ihre eigene Gesundheit und ihr Leben auf ein Spiel setzen. Zudem handele es sich hier nicht um unmittelbare persönliche Beziehungen, sondern um Verbindungen Dritter, die von den Angelegten ausgetragen werden müßten, während die eigentlich Schuldigen die Proben sich unter dem Schutze des eigenen Daches an Hause ließen.“

Das Geheimnis der Spareinlagen.

Kein zunehmender Volkswohlstand, sondern Krümmer alter Vermögen.

Nach den Feststellungen des Preussischen Statistischen Landesamtes hat auch im zweiten Vierteljahr 1927 die aufsteigende Entwicklung der Sparaffinenlagen angehalten. Anfang April 1927 belief sich der Gesamtsparaffinenbestand auf 2397,9 Millionen Reichsmark. Ende Juni 1927 machte er 2602 Millionen Reichsmark aus. Damit ist die 2½-Milliarden-Marke überschritten.

Wir haben uns allmählich an derartige Vermehrungen gewöhnt. Trotzdem bleibt die Zunahme der Spareinlagen ein Rätsel. Dort man immer und immer wieder, daß sich im Verlauf eines Vierteljahres der Gesamtsparaffinenbestand um Hunderte von Millionen gesteigert hat, so möchte man auf den Gedanken kommen, daß der Wohlstand in den breiten Massen, aus denen sich die Kunden der Sparaffinen rekrutieren, unauffhaltsam wächst. Die statistische Untersuchung lehrt aber das Gegenteil. In der schlimmsten Wirtschaftskrise des Jahres 1925/26 ging die finanzielle Kraft der kleinen Sparrer ohne Zweifel stark zurück. Nur in Einzelfällen, wo Doppelbesitzungen vorlag, konnte der kleine Sparrer wirklich Verbesserungen nach der Sparaffine bringen. Diese Einlagen können aber keineswegs die Steigerung des Spareinlagenbestandes erklären, der auch für die Zeitperiode 1925/26 festzustellen ist. Weidlich liegen die Dinge für das Jahr 1927.

Die Sparaffine als Ganzes hat sich allerdings, im Hinblick auf die Wirtschaftslage, gesteigert, da rund 1½ Millionen Menschen, bei diesem arbeitslosen waren, in den Produktionsprozeß eingezogen werden konnten. Da aber die Wirtschaftslage eine harte Preissteigerung und keine entsprechenden Lohnsteigerungen gebracht hat, ist die Kaufkraft des einzelnen gefallen. Trotzdem steigt der Einlagenbestand der Sparaffinen. Es scheint in Deutschland aus dem Nichts heraus zu kommen.

Vor einigen Tagen hat nun der Reichsamt und Notar Dr. Hugo Wehrden den Versuch gemacht, das Geheimnis der Sparaffinen in Deutschland zu klären. In Uebereinstimmung mit unserer Auffassung stellt der folgendes fest: Die Preise, die vor dem Kriege die Sparaffinen benutzten, die Rentner und Sparrer, kommen als Einleger von erspartem Kapital so gut wie überhaupt nicht in Frage. Die Arbeiter und Festangestellten, die im Frieden ebenfalls auf der Sparaffine partien, fallen ebenfalls zum größten Teil aus, weil ihre verdienten Einkommen zu gering sind, um davon nennenswerte Mittellagen zu machen. Daraus schließt Wehrden, daß die sogenannten Ersparnisse größtenteils keine Ersparnisse aus Arbeits- und sonstigen Einkommen sind. Vielmehr ist er der Ansicht, daß es sich bei den gegenwärtigen Sparaffinen um die letzten Krümmer jahrzehntelanger in mühsamer Arbeit erworbenen und durch die Inflation enteigneter Kapitalien handelt. Sie resultieren in der Hauptsache aus der Aufwertung von Wertpapieren aller Art.

Die Ansicht daß vieles für sich. So konnte man im letzten Jahre beobachten, daß die Wähler von Grundbesitzern, die in der Inflation gekauft waren und die auf Grund der Aufwertung mit einer Aufwertungsdividende belohnt wurden, darauf bedacht waren, ihre Aufwertungsdividende möglichst schnell abzulösen. Auf diese Art und Weise kam in die Hand der durch die Inflation enteigneten früheren Wähler Geld. Durchweg handelt es sich bei diesen durch die Inflation Enteigneten um alte Leute, die darauf angewiesen sind, von der Aufwertung zu leben. Es liegen deshalb das erhaltene Geld nicht langfristig an, sondern bringen es zur Sparaffine, um jeden Tag über dieses Geld verfügen zu können. Wehrden stellt fest, daß sich entsprechend dieser Auffassung in der Notariatsregistrieren eine Fülle von Lösbewilligungen für Hypotheken, die aus der Zeit vor der Stabilisierung stammen, befindet.

Damit wäre das Geheimnis der Zunahme der Sparaffinen einleuchtend. Es handelt sich also im großen und ganzen um eine Aufwertungserscheinung, keineswegs aber um eine Steigerung des Massenwohlstandes. Dem entspricht auch die Steigerung der Spareinlagen in den vergangenen Monaten. Im zweiten Vierteljahr 1927 haben sich die Einlagen in den preussischen Sparaffinen um 204,1 Millionen Reichsmark erhöht. Der Zuwachs beträgt 8,5 Prozent. Der Zuwachs im zweiten Vierteljahr 1927 um 5,2 Millionen Reichsmark = 2,7 Prozent höher als derjenige des gleichen Vierteljahres von 1926. Er ist aber um nicht weniger als 183,2 Millionen Reichsmark = 47,3 Prozent geringer als im ersten Vierteljahr 1927. Demnach scheint sich der Prozeß der Ablösung von Aufwertungsdividenden seinem Ende zu nähern. Von Seiten der deutschen Unternehmer hat man immer wieder den Versuch gemacht, einen steigenden Massenwohlstand unter Berufung auf das Steigen der Sparaffinenlage zu behaupten. Die Analyse, die Wehrden gibt, beweist etwas ganz anderes.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. August 1927.

Schlappe Republik.

Woh etwas Amerikoides von der Verfassungsfier.

In der Nr. 15 des Amlichen Schulblattes für den Regierungsbezirk Merseburg ist der Aushang des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 12. Juni 1927 betr. die Ausgestaltung der diesjährigen Verfassungsfier veröffentlicht. Die Schulfeier werden ausdrücklich verpflichtet, diesen Erlaß den ihnen unterstellten Lehrern zur Kenntnis zu bringen.

Das Gebaren, das der als Volksschulleiter in Staatsdiensten stehende Schachselm-Ortsgruppenführer Dennyhardt am Verfassungstage an den Tag legte, läßt die Vermutung aufkommen, daß der Leiter der Alten Volksschule, Herr Weiler C. A. G., dieser Verpflichtung nicht nachkommen wird. Denn in dem Erlaße des Ministers steht insbesondere, daß die Schulfeier am Verfassungstage müßig zu gestalten sind. Für würdigen Gestaltung einer Schulfeier ist es bisher immer gebräuchlich, daß Kinder und Lehrer im Feiertagskleide zur Feier erscheinen. Diese Selbstverpflichtung wird jetzt sogar an den höheren Lehrkräften befohlen. Herr Dennyhardt hingegen erheben im allseitigen Schulung, an dem 12. Juni 1927 betr. die Ausgestaltung der diesjährigen Verfassungsfier veröffentlicht. Die Schulfeier werden ausdrücklich verpflichtet, diesen Erlaß den ihnen unterstellten Lehrern zur Kenntnis zu bringen.

Wie uns glaubhaft berichtet wird, ist dem Stadtrat das alles bekannt. Wir fragen ihn daher, welche Gründe maßgebend sind, die Missachtung ministerieller Anordnungen in diesem Falle zu haben. Genügt die Angehörigkeit zu einer verfassungsfierfeindlichen Organisation, um gegen die Bezeichnung durch den Vorgesetzten geschützt zu sein?

In dem eingangs erwähnten Erlaße verweist der Minister ferner die Ermotung aus, daß die ihm unterstellten Beamten an den amlichen Verfassungsfieren teilnehmen. Wie reagiert der Staatsbeamte Dennyhardt auf diesen von seinem höchsten Vorgesetzten geäußerten Wunsch? Daß er als Stahlschmelzer die Feier meidet, ist nicht verwunderlich. Ein Beamter wird man sich kaum wundern. Daß er sich aber für den Feiertag vor der das Festhalten postierte und dort, wiederum gekleidet mit dem Stahlschmelzer, in Gemeinschaft mit einer Freundin die zur Feier gebenden Republikaner in verächtlicher Weise misstrauete, das dürfte — so meinen wir wenigstens — doch außerhalb sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß an der Feier teilgenommen. Hat er diese Prozedation nicht mitgemacht? Denn um eine solche handelt es sich.

Wir fragen nicht Herrn Dennyhardt, ob er das, was er sich als Staatsbeamter der Republik gegenüber erlaubt, auch in der Kaiserzeit erlaubt hätte, denn diese Frage ist überflüssig. Aber wir gehen wohl nicht zu weit, wenn wir sagen, daß ein Sozialdemokrat bei entsprechender Handlungsweise ganz gewiß ein Republikanerverfeindlich beholme. Ein Beamter dürfte hingegen nicht durch Stahlschmelzern und Dinerstümpel vor jeder Bezeichnung geschützt zu sein!

Schlappe Republik!

Bom Gewerkschaften.

Wer so wie wir Gelegenheit hat, sich zu überzeugen, wie machtvoll und geschlossen die freigebergschaftlich organisierte Arbeiterschaft allenthalben auftritt, der wird über den Verlust der geistigen Verankerung der hallischen Arbeiterschaft sehr unangenehm beklagt sein. Es war von den Verantwortlichen eine gewisse Erwartung, durch die den Begann der Arbeiterschaft erneut geachtet werden sollte, welche Bedeutung die organisatorisch zusammengeworfte Arbeiterschaft hat, die Arbeiterschaft, ohne die eine Wirtschaft nicht möglich ist. Der 21. August sollte ein Tag der Sammlung und Stärkung sein für den Kampf um Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Zu erwarten sollten die Arbeiter dieses hinter ihren Kampfproben haben, marschieren und allen, die es sehen wollen, zeigen, daß sie ausstehen, bis das Ziel, wirtschaftliche Gleichberechtigung, erreicht ist. Es sollte ein erneutes Gelübnis um Kampfe mit allen Widerständern abgelegt werden. Die Verantwortlichen haben es als eine selbstverständliche Pflicht aller Arbeiter, Angestellten und Beamten dieses gehalten, daß sie an einem solchen Tage, an einer großen Masse herein, das Arbeiterfest begehen.

So sollte es sein — aber es kam wieder einmal anders. Aus der geplanten Massenfundgebung wurde es nichts. Es hat gar keinen Sinn, hier etwa befehligen oder einschüchtern zu wollen. Es muß gegangen werden, daß die auf dem Dammplatz angeordnete Kundgebung mit ihren Kundgebungen wieder ebenbürtig mit den Kundgebungen der hallischen Arbeiterschaft nach den Verpfichtungen der Anhänger. Was nicht von der SPD, ausgeht und ausschließlich im Interesse des Klassenkampfes stehen kann, wird von der SPD, einfach sabotiert. Sabotiert ohne Rücksicht auf die Schäden, die durch eine derart veranordnete Handlungsweise der gesamten Arbeiterbewegung zugefügt werden. Der ist jemand da, der beitreten will, daß das, was getrieben ist in Halle abspielte, der organisierten Arbeiterschaft förderlich ist? Den Kommunisten ist auf diese Weise, wie alle Vereinigungen hinwegsehend, an größere Massen herankommen. Gestern hatten sie aber ruffischen Besuch. Doch ihnen dieser viel wichtiger, waren für den Kenner kommunistischer Agitationsmethoden ohne weiteres klar. Es mag unangenehm sein, daß man sich in dieser Hinsicht nicht einig ist. Was den ersten Teil der Kundgebung angeht, so ist es nicht verwunderlich, daß die Kundgebung nicht stattfinden konnte. Die Kundgebung wurde durch die Arbeiterschaft selbst sabotiert. Öffentlich stehen unsere Genossen im Gewerkschaftsforum daraus die einig richtige Konsequenz und verdrängen förmlich auf gemeinsame öffentliche Kundgebungen, bis man die Kundgebung nicht stattfinden kann. Doch nie hat sich die Arbeiterschaft über eine Einsicht gekommen ist. Doch nie hat sich die Arbeiterschaft über eine Einsicht bekommen ist. Doch nie hat sich die Arbeiterschaft über eine Einsicht bekommen ist. Doch nie hat sich die Arbeiterschaft über eine Einsicht bekommen ist.

konnte. Die Vorbereitungen und sonstigen Veranstaltungen fanden gegen Zutritt und auch die kurze, anfeuertende Ansprache, die im letzten Teile gehalten wurde, fanden keinen Zutritt. Was sich nach dem Ende der Kundgebung ereignete, ist nicht verwunderlich, wenn wir uns an die Tatsache erinnern, daß die Arbeiterschaft nicht ins Buch der Geschichte schreiben.

Für Mieterschutz und soziales Wohnrecht.

Die zweite, auf der in Halle kürzlich abgehaltenen Bezirkskonferenz der Mietervereine wurde es förmlich beschlossen, daß bei folgenden Vorläufigen:

Die am 14. August in Halle tagende Vorstandskonferenz aller Ortsvereine im Bezirk Merseburg bringt ihre Empörung darüber zum Ausdruck, daß mit solch unerhörter Leichtfertigkeit mit dem Schicksal des deutschen Mieterwesels gespielt wird. Mieterchutzkonferenzen waren bis zum 30. Juni 1927 befristet. Für jeden Verfallenen wurde es förmlich beschlossen, daß bei der unvermeidlich herrschenden Wohnungsnot auf keinen Fall an dem Mieterchutz gekürzt werden kann. Es war deshalb Pflicht eines jeden Mieterschutzvereins, für eine unveränderte Verlängerung der Schutzperiode einzutreten. Wir hoffen, daß die unumgängliche Sachlage, die im Reichstag und im Reichsrat hinter den Kulissen um das Wohnrecht der deutschen Mieterchaft gekämpft und gekämpft wurde. Die Reichsregierung hatte bis in die letzten Tage ihre Vorschläge geteilt gehalten, jedenfalls, damit es der organisierten Mieterchaft nicht möglich sein sollte, zu den richtigen Stellen zu kommen.

Zunächst muß die Reichsregierung, insofern die Verhältnisse der Mieterchaft einbringt. Zahlreiche deutsche Mieter wurden das vier bis fünf hundert hinterlistigen Gelebes geworden, aber selbst der Reichsrat mußte zur Ablehnung dieser Vorschläge kommen. Der Antrag der Linken, die Mieterchutzperiode um zwei Jahre zu verlängern wurde abgelehnt. Man wollte zunächst nur eine Verlängerung bis zum 31. Juli 1927 gestatten, um bis dahin das neue Gesetz durchzusetzen und die Mieter zu überumpeln. Schließlich wurden aber die Gelebe bis zum 31. Dezember 1927 verlängert und alle Abänderungsvorschläge zur weiteren Beratung dem Reichstag und Reichsrat vorgelegt. Die Reichsregierung hat die Zustimmung befristet, die Öffentlichkeit im Sinne des Abweises des Mieterchutzes durch die Presse zu besorgen und ihr die zu erwartenden Gelebe schamhaft zu machen.

Wie lange soll dieses traurige Spiel mit den Mietern der deutschen Mieterchaft dauern? Eine solche unangenehme Behandlung kann sich die Mieterchaft nicht länger gefallen lassen. Anstatt endlich ein dauerndes soziales Wohnrecht zu schaffen, wie es der Reichstag seit langer Zeit fordert, wird durch kurzfristige Verlängerung der Schutzperiode große Unruhe und Unsicherheit in die Mieterchaft hineingetragen.

Als Beispiel werden hier die Mietervereine des Reichstages, die den Mieterschutz verstanden haben, sich den Mieterchutz auf Jahre hinaus zu versichern. Auch die deutsche Mieterchaft wird 1928 dafür Sorge tragen, daß in Reich und Land Parlamente auf Jahre hinaus die Mieterschutz geben, daß ein dauerndes, soziales Wohnrecht geschaffen wird, wie es der Reichstag seit langer Zeit fordert. Es ist schon jetzt die kommenden Wahlen vorzubereiten. Die Wahlprogramme der deutschen Mieterchaft lautet: Nur Mieterchutz für soziales Wohnrecht!

Das Wetter der Woche.

Es bleibt kühl, trüb und regnerisch.

Das veränderliche Wetter scheint noch geraume Zeit fortzudauern; es wird sich vermutlich bis in den September hinein fortsetzen, und es kann allenthalben zwischen zwei Wirbeln unter der vorübergehenden Herrschaft eines Zwischenhochs, wie auch am vergangenen Donnerstag, der Sommer ist also allem Anschein nach vorüber, und es bleibt abzuwarten, ob uns der Frühherbst noch einmal eine etwas längere Periode sonnigen und ruhigen Strahlensommers mit verhältnismäßig hohen Tagesstemperaturen bringen wird. Die Höhe der dabei zu erwartenden Temperaturschwankungen wird im wesentlichen von der Verlängerung des Hochdrucksystems und der vorübergehenden Abkühlung nachher abhängen. Die Höhe der dabei zu erwartenden Temperaturschwankungen wird im wesentlichen von der Verlängerung des Hochdrucksystems und der vorübergehenden Abkühlung nachher abhängen. Die Höhe der dabei zu erwartenden Temperaturschwankungen wird im wesentlichen von der Verlängerung des Hochdrucksystems und der vorübergehenden Abkühlung nachher abhängen.

Verstöße überfälle.

Am Sonnabend gegen Mittag erlitten an der Spitze des Stadtrates, wo gerade die Monatsversammlung eingeleitet wurden, ein verächtlich aussehender junger Mensch, der sich als Schmutz anmaßte, um Vorrecht zu erlangen. Schon rief der Herr: „Ich will nichts weiter, als für Geld“, und machte Miene, auszuweichen. Auf die Differenz ergriff er die Flucht. Die sofort angestellte Untersuchung ergab, daß der Unbekannte kein Arbeiter war, sondern ein Arbeiter in der Fabrik. Ein zweiter Ausbruch ereignete sich gestern am Freitag. Ein junger Mann wurde von einem Fremden unruhig vom Rad gerissen. Ehe es sich zum Schreden erholen konnte, war der Fahrer überfallen und davon. Ein Mann, der diesen Vorgang beobachtet hatte, sah den Verurteilten sofort, und so konnte das Mädchen wieder ihr Rad betreten. Weder ist auch dieser Verurteilte noch der Täter ermittelt. Die Polizei sucht nach dem Täter. Die Polizei sucht nach dem Täter.

Die Entlohnungsfragen für den Arbeiter.

Die Entlohnungsfragen für den Arbeiter. Die für den Arbeiter in der Industrie, in den Gewerkschaften bestimmten Entlohnungen lagern beim Volkst in Berlin. Wenn der Arbeiter in der nächsten Zeit nicht ausbezahlt werden kann, so werden die Entlohnungen den Arbeitern ausbezahlt werden. In diesem Falle werden die entlohnungen ausbezahlt werden. In diesem Falle werden die entlohnungen ausbezahlt werden.

Wahlverhältnisse.

Wahlverhältnisse. Am Sonnabend gegen 12.45 Uhr hielt in der Wehrstraße ein Gruppenabkommen mit einem Vortrag zusammen. Dabei wurde beschlossen, daß die Wahlverhältnisse nicht geändert werden. Die Wahlverhältnisse nicht geändert werden. Die Wahlverhältnisse nicht geändert werden.

Sammlerische Tätigkeit.

Sammlerische Tätigkeit. In der Wehrstraße am 20.8.1927 wurde ein Vortrag gehalten. Dabei wurde beschlossen, daß die Wahlverhältnisse nicht geändert werden. Die Wahlverhältnisse nicht geändert werden. Die Wahlverhältnisse nicht geändert werden.

Das ABC des Verkehrs.

Einwillige Warnungstafeln für ganz Deutschland.

Am 1. September 1927 treten neue Warnungstafeln für den Kraftwagenverkehr in Kraft, die das bisherige Durcheinander der Zeichen und die verschiedenartigen Tafeln der einzelnen Gemeinden oder Organisationen, die manchmal nicht recht verständlich, manchmal unübersichtlich angeordnet waren, ersetzen sollen. Die neuen Zeichen sind vom 1. September 1927 an in Kraft zu setzen. Die neuen Zeichen sind vom 1. September 1927 an in Kraft zu setzen. Die neuen Zeichen sind vom 1. September 1927 an in Kraft zu setzen.



Wir bringen hier die wichtigsten Tafeln im Bild. Die Tafeln müssen die Form eines gleichseitigen Dreiecks haben, das mit der Grundlinie waagrecht und mit der Spitze nach unten aufzustellen ist. Die Tafeln müssen die Form eines gleichseitigen Dreiecks haben, das mit der Grundlinie waagrecht und mit der Spitze nach unten aufzustellen ist. Die Tafeln müssen die Form eines gleichseitigen Dreiecks haben, das mit der Grundlinie waagrecht und mit der Spitze nach unten aufzustellen ist.

Bildung einer Arbeitsgemeinschaft hallischer Jugendverbände. Bildung einer Arbeitsgemeinschaft hallischer Jugendverbände. Bildung einer Arbeitsgemeinschaft hallischer Jugendverbände. Bildung einer Arbeitsgemeinschaft hallischer Jugendverbände.

Aus dem Gerichtssaal.

Naher eines Gerichtskassationsverfahrens.

Wegen gewöhnlicher Fällung einer öffentlichen Urkunde hatte sich vor dem Schöffengericht Halle der 46jährige Volksschullehrer Ernst K. fürchten aus Mitleiden, der Volksschullehrer Ernst K. fürchten aus Mitleiden, der Volksschullehrer Ernst K. fürchten aus Mitleiden, der Volksschullehrer Ernst K. fürchten aus Mitleiden.

Das wird 'ne teire Dreige!

Es liegt eine gewisse Ähnlichkeit in den hallischen Latschen. Es liegt eine gewisse Ähnlichkeit in den hallischen Latschen. Es liegt eine gewisse Ähnlichkeit in den hallischen Latschen. Es liegt eine gewisse Ähnlichkeit in den hallischen Latschen.

